ROTE KOMMENTARE

6.3.70

Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, Heidelberg
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: R. Heß, c/o Asta, Grabengasse 14
Druck: J. Noth

Die IG-METALL und ihre 88 000 Vertrauensleute

In über 5 ooo Betrieben der metallerzeugenden und der metallverarbeitenden Industrie sind die 1,5 Millionen Mitglieder der IG-Metall zur Wahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute aufgerufen. In Artikeln in "Metall" und in den Reden von Orts- und Betriebsfunktionären vor lokalen und überregionalen Betriebsrätetagungen und Kongressen zeigte sich die IG-Metall entschlossen, bei den im März stattfindenden Wahlen die Zahl der 88000 gewerkschaftlichen Vertrauensleute in Metallbetrieben noch kräftig zu steigern.

Die scharfe Kritik, die die Gewerkschaftsfunktionäre vielerorts zuletzt bei der Vertrauensleutekonferenz in Braunschweig zu hören bekamen, lassen das geschärfte Bewußtsein der Arbeiterschaft erkennen. Die Lohnabhängigen der BRD, die im September frei von Gängelung und Bevormundung Ziele entwickelten und sich gegen den Widerstand der "Einheitsfront" von Gewerkschaften und Unternehmern entschlossen durchsetzten, beginnen sich ihrer traditionellen Organisationen neu zu besinnen und diese mit neuen Augen zu sehen.

Die klassenbewusste Kritik, die die Arbeiter im September an der Gewerkschaftsbürokratie übten, blieb ohne deutlich sichtbare Wirkung, weil sie sich mit der Verdammung der korrumpierten Gewerkschaftsbonzen begnügte, ohne Folgerungen für die Veränderung der gewerkschaftlichen Basis auf Betriebs- und lokaler Ebene zu entwickeln. Um zu erreichen, dass die Gewerkschaften sich den Massen in ihren Aktionen, in der Zusammensetzung ihrer Kader und in allen ihren Äusserungen als eine große revolutionäre Kraft darstellen, die den Forderungen der Massen zum Sieg verhelfen kann, müssen die Arbeiter lernen, innerhalb der Gewerkschaften ihre Forderungen immer wieder zu stellen, und mit der den Arbeitern eigenen festen Entschlossenheit und Disziplin auf die revolutionäre Veränderung der Gewerkschaften zu dringen.

Als die nächstliegenden Ziele jeder auf Veränderung gerichteten Bemühung der Arbeiter bieten sich die Organisationsglieder der Gewerkschaften an der betrieblichen Basis an, wo sie mit der Masse der Arbeiter verschmolzen und oftmals mit deren klassenbewusstesten Vertretern eins sind, zumal wenn die Organisationsglieder wie im Falle der Vertrauensleute der IG-Metall die beeindruckende Kraft von 88 000 bewussten und vielfach gut ausgebildeten Arbeitern und Angestellten umfassen, die mit einem ganzen Arsenal taktischer Mittel versehen sind, die - entschlossen eingesetzt - zur Erkämpfung der naheliegenden Ziele, Lohnerhöhungen oder schrittweiser Ausweitung der Macht der Betriebsräte ebenso taugen wie zur Vorbereitung heftiger Massenaktionen der Arbeiter. Die Bedeutung, die die Gewerkschaften ihren Vertrauensleuten beimessen, ist in den vergangenen Jahren ständig sichtbar gestiegen, heute haben sie in der Einschätzung vieler Gewerkschaftsfunktionäre die Betriebsräte vom ersten Platz in der Rangfolge gewerkschaftlicher Machtpositionen in den Betrieben bereits verdrängt.

Dies betont auch die Broschüre der IG-Metall "Die Arbeit der Vertrauensleute", wo wir unter Punkt 9 lesen: "Vom gewerkschaftlichen Standpunkt ist die Wahl der Vertrauensleute mindestens ebenso wichtig, wie die Betriebsratswahl". Noch deutlicher kommt die veränderte Einschätzung dieses gewerkschaftlichen Basis- Organisationsgliedes, das bis vor wenigen Jahren noch als Kassierer von Gewerkschaftsbeiträgen und Verteiler von Gewerkschaftsblättern eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle in den Überlegungen der Gewerkschaftsfunktionäre spielte, in der Fülle wichtiger Aufgaben zum Ausdruck, die die Gewerkschaftszentralen ihren Vertrauensleuten in den vergangenen Jahren übertrugen.

→

INHALT:

Zu den Schülerstreiks gegen die Zulassungsbeschränkungen an der Universität

Presseerklärung des Zentralausschusses des SDS zur Palästinademonstration

Heute ist der Vertrauensmann "Sprecher und Interessenvertreter der Gewerkschaftsmitglieder seines Wirkungsbereichs, der vertritt und erläutert die Politik seiner Gewerkschaft, er ist verantwortlich für die Bewusstseinsbildung und leitet die Menschen in seinem Wirkungsbereich zu gewerkschaftlichem Denken und solidarischem Handeln an, er steht den Kollegen für jede Information zur Verfügung, er wirbt Mitglieder für die Gewerkschaften, er muß die Kritik an den Verhältnissen im Betrieb, am Betriebsrat an den Funktionären und Massnahmen der Organisation anhören, dazu Stellung nehmen und sie an die richtige Stelle weiterleiten, er erarbeitet den Werkstatt- und Büroplan". (Zitiert aus "Die Arbeit der Vertrauensleute", eine Broschüre der IG-Metall).

Dass die Gewerkschaften sich heute verstärkt auf ihre Vertrauensleute beziehen müssen, um überhaupt irgendwie aus der Defensive, in die sie von den Unternehmern zusehends gedrängt werden sich zu befreien, hat Ursachen, an denen die Gewerkschaften fleißig mitgearbeitet haben. Um zu verhindern, dass die Betriebsräte, die die Arbeiter während der Revolutionsmonate 1918/19 in zahllosen Betrieben wählten, sich zu einer Gegenmacht der klassenbewussten Arbeiter gegen die reformistischen Gewerkschaften entwickelten, veranlassten sie die Verabschiedung des Betriebsräte-Gesetzes, mit dem die Durchsetzung des Rätegedankens in den Betrieben nach Kräften behindert werden sollte.

Rosa Luxemburg hat beim Gründungsparteitag der KPD sehr klar gesagt, welche bedeutende Rolle die Partei des Proletariats den Betriebsräten zumass: "Sie werden sehen, dass die Leitsätze (des Spartakus-Programmes zu den Aufgaben der Betriebsräte) auf nichts anderes hinauskommen, als auf die vollständige Aushöhlung aller Funktionen der Gewerkschaften. Wir expropriieren die Gewerkschaften aus den Funktionen, die sie von den Arbeitern anvertraut bekommen und veruntreut haben. Wir ersetzen die Gewerkschaften durch ein neues System auf ganz neuer Grundlage." Nach dem Sieg der von den Gewerkschaften kräftig geforderten Konterrevolution gingen die meisten der Betriebsräte daran, die kommunistische Basis in den Betrieben zu erweitern und zu festigen, um für kommende Klassenkämpfe besser gerüstet zu sein. Um diese proletarische Aktivität, die die Gewerkschaftsbonzen als eminent gefährlich für ihre verräterischen Winkelzüge erkannten, nach Kräften zu bremsen, drangen sie bei der mit ihm verbündeten Scheidemann-Regierung auf Erlass gegen eben jenes Betriebsräte-Gesetzes. Dieses Gesetz erlebte 1952 eine verschärfte Neuauflage. Um die gerade gegründete BRD als Staat der Monopole zu erhalten und ein Wiedererstarken der durch die Faschisten zerschlagenen Arbeiterbewegung zu verhindern, wurden im Betriebsverfassungsgesetz die Rechte der Betriebsräte noch weiter eingeschränkt und ihnen jede politische Tätigkeit völlig verboten.

Die Gewerkschaften, die sich mit der Regierung Adenauer auf Verhandlungen einliessen während im Ruhrgebiet demonstrierende Arbeiter erschossen wurden, reagierten nach Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetze überhaupt nicht mehr. Ihre Befriedigung, einem neuerlichen Entstehen einer linken Opposition in den Betrieben wirksam vorgebeugt zu sehen, schwand schnell, als das BVG seinen zweischneidigen Charakter ganz enthüllte. Indem es die Betriebsräte ausdrücklich unabhängig von gewerkschaftlichen Beschlüssen machte, entzog es den Gewerkschaften den entscheidenden Machtfaktor in den Betrieben. Alle Versuche der Gewerkschaften, hieran noch etwas zu ändern scheiterten am Widerstand der Unternehmer. Noch im neusten Änderungsvorschlag des DGB zum Betriebsverfassungsgesetz heisst es an der entsprechenden Stelle: "Der Betriebsrat führt seine Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaftern und mit ihrer Unterstützung durch." Alarmiert durch das Schwinden ihres Einflusses in den Betrieben, entsannen sich die Gewerkschaften ihrer Vertrauensleute.

Geschützt durch den Artikel 9 des Grundgesetzes, der den Arbeitern die Koalitionsfreiheit und den Gewerkschaften die Interessenvertretung ihrer Mitglieder sichert, vom BVG aber völlig unerwähnt und damit auch in ihren Möglichkeitenweit freier als die Betriebsräte, waren die gewerkschaftlichen Vertrauensleute hervorragend geeignet, den gewerkschaftlichen Einfluss in den Betrieben zu stärken.

Die Organisationsrichtlinien der IG-Metall führen dazu aus: "Der Vertrauenskörper empfängt seine Weisungen von der Ortsverwaltung der IG-Metall. Durch den Vertrauenskörper übt die Ortsverwaltung ihren Einfluss im Betrieb aus, leistet sie ihre gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb." Das Bild einer entschlossen funktionierenden proletarischen Organisation, das aus diesen Organisationsrichtlinien spricht, trügt. Vom demokratischen Zentralismus einer proletarischen Organisation ist dies nur leere Hülse. Das wache Bewusstsein, das dem gewaltigen Apparat allererst zum Rückhalt eines jeden Arbeiters bei den Konflikten in jedem einzelnen Betrieb werden liesse, fehlt den Funktionären.

Wie alle anderen Machtmittel, so versuchen sie, auch die Vertrauensleute oft genug gegen den Willen und die Interessen der Arbeiter zu wenden, um etwa, wie wir es im Fall Bonno Schütter zeigten, linke Betriebsräte kaltzustellen und unter Umgehung der Arbeiter direkt mit den Unternehmern zu verhandeln. Die direkte Verbindung der Vertrauensleute zu den Gewerkschaften erweist sich bei näherem Hinsehen dennoch als großer Vorzug dieses gewerkschaftlichen Organisationsgliedes. Resolutionen und Vorschläge, die unter Anleitung klassenbewusster Arbeiter einer Abteilung oder eines Betriebes gemeinsam erarbeitet wurden, können bei Betriebs-, Orts- und Bezirksvertretertreffen ohne Umwege an die Gewerkschaften gerichtet werden. Statt Information für "Stimmungsbilder von der Betriebsfront" zu liefern, wie die Gewerkschaften die Vertrauensleute gerade seit den Septemberstreiks immer wieder aufforderten, zwingt die massenhafte Kritik gewerkschaftlicher Vertrauensleute die Bonzen zur Reaktion.

Nur die gezielte Kritik aus einer möglichst großen Zahl von Betrieben kann erreichen, dass die Gewerkschaften schliesslich wieder erkennbar zu den Organisationen des ökonomischen Kampfes der Arbeiter werden, die zu jeder Zeit die Tendenz der klassenbewusstesten Arbeiter, die entschiedene Aktion des Klassenkampfes zu entfachen, wiederspiegeln. Die Gewerkschaften, einmal in solcher Verwandlung begriffen, würden ihre schlimme Fähigkeit verlieren, die impulsiven Kräfte der Arbeiterschaft zu regulieren.

Wie unaufschiebbar die Aufgabe, mit der Demokratisierung der Gewerkschaften zu beginnen, sich heute den Arbeitern stellt, wird nirgends so deutlich, wie bei den Tarifverhandlungen, die die Gewerkschaften täglich führen. Für die Arbeiter sind Tarifverträge mit den Kapitalisten immer neue Waffenstillstandsabkommen, die Gelegenheit geben, neue Kräfte für die nächste Anstrengung zu sammeln. Im täglichen Kleinkrieg um das Notwendigste können die Arbeiter nie mehr als Kompromisse erkämpfen. Auch Tarifverträge sind solche notwendigen Kompromisse. Um von den Kapitalisten etwas erhandeln zu können, werden die in Frage kommenden Arbeiter von den Gewerkschaften vor Beginn der Verhandlungen mobilisiert und, zuletzt mit dem Mittel der Urabstimmung auf den Streik vorbereitet. Eine einmal mobilisierte Arbeiterschaft muss aber erwarten, dass ihre ganze Kampfkraft auch wirklich voll ausgenützt wird und die Verhandlungen nicht vor Erreichen eines höchstmöglichen Gewinns beendet werden. Stattdessen beenden die Gewerkschaften heute den weit überwiegenden Teil aller Verhandlungen vorzeitig mit schlechten Kompromissen und zeigen immer weniger Neigung, der Kampfbereitschaft der Arbeiter freien Lauf zu lassen. Würde die spontan und massenhaft geäusserte Kritik der Arbeiter, die diesen Scheingefechten grimmig zusehen, in gemeinsam verfassten Resolutionen den Verhandlungskommissionen der Gewerkschaften um die Ohren geschlagen, so sähen die Ergebnisse der Tarifverhandlungen gewiss anders aus und ein erster Schritt zur Veränderung der Gewerkschaften wäre getan.

Veränderung, zumal innnerhalb des verknöcherten Apparats der Gewerkschaften, heisst: immer auch personelle Veränderung. Viele Kollegen, die die wichtigsten Betriebsrats- und Vertrauensleuteposten innehaben, meist in vertrautem Verhältnis zum örtlichen Gewerkschaftsapparat stehen und oft zusätzlich in enger Bindung mit der sozialdemokratischen Organisation am Ort sich befinden als Stadt- und Gemeinderäte, hängen allzu sehr am bequem Gewohnten und scheuen nichts so sehr wie Veränderungen.

a

Zu den Schülerstreiks gegen die Zulassungsbeschränkungen an der Universität

Die Bildungspolitik der herrschenden Klasse führt zu immer neuen Widersprüchen. Das kurzfristige Profitinteresse führt dazu, daß die Investitionen im Ausbildungsbereich vernachlässigt werden. Betroffen werden von diesen Widersprüchen nicht allein die Schüler, sondern die ganze Gesellschaft, weil wegen der mangelden Ausbildung wichtige Aufgaben,wie etwa die Gesundheitspflege, vernachlässigt werden. Die Zulassungsbeschränkung an der Universität ist aber nicht nur Ausdruck von Planungsschwierigkeiten, sondern Anzeichen dafür, daß die Klassentrennung zwischen der Bourgeoisie, die über die Produktionsmittel verfügt und dem Proletariat, das dieser Verfügung unterworfen ist, auch auf den höheren Ausbildungsbereich übertragen wird und dort für Trennung der schmalen Elite von der Masse der Schüler und Studenten führt. Eine isolierte Bekämpfung der Zulassungsbeschränkung ist deshalb sinnlos: sie muß sich mit den Kämpfen gegen den kapitalistischen Staat verbinden.. Obwohl die Streikbeteiligung unter den Schülern recht hoch gewesen ist, waren nur wenige unter ihnen sich dieser Notwendigkeit bewußt. Die sozialistischen Schüler, die mit dem SDS zusammenarbeiten, brachten sie in einem Flugblatt, das während einer Demonstration in der Stadt verteilt wurde, folgendermaßen zu Ausdruck:

Flugblatt des Aktionszentrums unabhängiger und sozialistischer Schüler (AUSS)

a

Würden wir bloß gegen den "numerus clausus", das heißt gegen die Zulassungsbeschränkung an der Universität, streiken, dann würden wir uns erst gar nicht auf die Straße getrauen und erst recht unter roten Fahnen, den Fahnen der Arbeiterbewegung.

Was sollte es nützen, für die Erhaltung von Privilegien zu demonstrieren, die bloß einer Minderheit zugute kommen. Wir, die sozialistischen Schüler, demonstrierengegen eine Gesellschaftsordnung, die "Bildung"zum Privileg macht und die "Gebildeten" zu den interessierten Handlangern dieser Gesellschaftsordnung.
Warum sind z.B. bloß 5% der Studenten auf der Universität Kinder aus der Arbeiterklasse? Doch nicht, weil die Arbeiter weniger Anspruch auf oder weniger Fähigkeiten zur Bildung hätten, sondern weil das Kapital auch ihre Kinder als Arbeiter braucht und deren Ausbildungsmöglichkeiten einschränkt (z.B. durch geringen Lohn, Steigerung der Lebenskosten, Steuern, die alle gleich treffen, obwohl nicht alle gleich verdienen, - lauter Gründe, die es einer Arbeiterfamilie fast unmöglich machen, ihre Kinder auf die Oberschule oder gar auf die Universität zu schicken).

Aber die "Bildung" selbst, die heute verabreicht wird, richtet sich ebenfalls gegen die Arbeiter und sonstigen Lohnabhängigen: erstens zielt sie auf bloße Anpassung ab, d.h. auf die Erziehung von Menschen, die nach oben katzbuckeln und nach unten treten können, und zweitens sind ihre Inhalte so auf das Bürgertum ausgerichtet, daß Arbeiterkinder viel begabter sein müssen als die Kinder der Bourgeoisie, um diese Bildung schlucken zu können. Wenn also jetzt der numerus clausus eingeführt wird, dann trifft er natürlich vor allem diejenigen Arbeiterkinder, denen die Eltern den Weg aufs Gymnasium ermöglicht haben.
Aber der numerus clausus ist nicht bloß eine zusätzliche Schwelle für die Ausbildung von Arbeiterkindern, sondern auch sonst Ausdruck einer Gesellschaftspolitik, die sich gegen die Interessen der Massen richtet und auf den Profit Weniger abzielt: das zeigt sich am deutlichsten in seiner Anwendung auf das Medizinstudium. Einem kranken Arbeiter oder Angestellten mag es gleichgültig sein, ob der behandelnde Arzt ein Arbeiter- oder Bourgeoisiekind ist: daß aber das Krankenwesen, schon durch die zahlenmäßig geringe Ausbildung von Ärzten, ganz man-

gelhaft entwickelt ist, trifft ihn unmittelbar. Im Krankenwesen kann kaum Profit gemacht werden und deshalb müssen die Arztstellen beschränkt bleiben und wird für Kliniken nicht investiert. So bleibt nicht nur der Arztberuf privilegiert, sondern auch die richtige Behandlung bleibt ein Privileg. Ähnliches gilt auch für die Lehrerausbildung.
Man braucht also nicht für Privilegien zu sein, um den numerus clausus zu bekämpfen, sondern : nur wenn man gegen alle Privilegien ist, kann man den numerus clausus richtig bekämpfen. Nicht alle streikenden Schüler sind gegen Privilegien; viele fürchten bloß deren Verlust für sich selbst. Weil aber der Streik und die dadurch mögliche Diskussion dahin arbeitern, daß immer mehr Schüler den numerus clausus als Beispiel einer Arbeiter- und Gesellschaftsfeindlichen Bildungspolitik begreifen, ist er dem Staat und seinem Kultusminister ein Dorn im Auge. Gegen ein bischen Aufregung von Bürgersöhnchen hätte er nichts. Um zu gewährleisten, daß der Streik diesen Charakter nicht verliert, drohen die Direktoren im Auftrag des Kultusminister mit Strafen und hoffen, wir würden klein beigeben.
Weil wir auch nach Beendigung des Streiks uns nicht mit der bestehenden Bildungspolitik und ihren Privilegien zufrieden geben werden und weil wir nicht bloß in unserem eigenen Interesse streiken und demonstrieren, haben wir ein Recht auf die rote Fahne, die gegen die Klassengesellschaft und ihre Privilegien steht, auch wenn sie von Schülern getragen wird.

27.2.70 Sozialistische Schüler (AUSS)

PRESSEERKLÄRUNG DES ZENTRALAUSCHUSS DES SDS ZUR PALÄSTINADEMONSTRATION

Oberbürgermeister Zundel hat nichts dazugelernt. Aus seinen bisherigen Mißerfolgen mit Demonstrationsverboten zieht er die falschen Schlüße. 1967 hatte er die Hauptstraße grundsätzlich für Demonstrationen verbieten wollen und kam damit nicht durch. Jetzt wollte er Demonstrationen des SDS überhaupt verbieten. Die frühere Verkehrstechnische Argumentation wurde durch eine ausgesprochen politische ersetzt. Damit wurde sie auch politisch überprüfbar.

Zundel spielte sich als Sachkenner des Nah-Ostkonfliktes auf und hat entweder keine Ahnung oder will die Bevölkerung bewußt hinters Licht führen: die Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas (FPDLP), die sich seit ihrem Bestehen gegen individualistische Aktionen wie Flugzeugattentate gewandt hat und im Volkskrieg konsequent die Massenlinie vertritt, will er für die Attentate verantwortlich machen, weil sie sogar "radikaler" sei als die Al Fatah. Aber radikal sein heißt, die Sache an der Wurzel packen. Die FPDLP verurteilt deshalb pseudoheroische Gesten oder individualistische Terrorakte und führt den Volkskrieg als Klassenkampf, was ihr ein Bündnis mit den jüdischen Arbeitern ermöglicht.

Zundel führt in seinem Verbot den Art. 26 des Grundgesetz an, der die Unterstützung von Angriffskriegen verbietet. Das ist eine schlichte Unverschämtheit, denn die korrekte Anwendung dieses Paragraphen würde gerade die Unterstützung Israels verbieten, das durch einen Angriffskrieg entstanden ist und mit Hilfe von Angriffskriegen laufend sein Gebiet erweitert und damit den Volkskrieg der Palästinenser erst notwendig machte.

Zundels Verbotsantrag ist vom Verwaltungsgericht faktisch aufgehoben worden. Zundel, der von der Verfassung schwätzte, wollte die Verfassung außer Kraft setzen.

Der SDS ist sich darüber im klaren, daß die Demonstrationsfreiheit immer wieder erkämpft werden muß und daß der Gang zum Verwaltungsgericht bestenfalls ergänzen aber nicht ersetzen kann.

Zundels Anschlag, der mit Hilfe von über 300 Bereitschaftspolizisten in die Tat umgesetzt werden sollte, ist fehlgeschlagen. Die Palästinademonstration war ein Angriff auf die allgemeine rassistische Hetze gegen die palästinensische Befreiungsbewegung. Sie hat diesen Zweck erfüllt.